Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 174. Donnerstag, 29. Juli 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die polnische Friedensliebe.

Die polnische Regierung hat sich nach dem Staatsstreich Pilsudski's bemüht, vor der Weltöffentlichkeit einen guten Eindruck zu machen; sie hat erklärt, daß sie eine aktive Friedenspolitik treiben werde, daß sie die Rechte der nationalen Minderheiten achten werde, daß sie insbesondere mit dem westlichen Nachbar Polens, mit Deutschland, in Frieden zu leben wünsche. Noch ist das Echo der Reden des polnischen Außenministers nicht verklungen und schon kommen Nachrichten aus Polen, daß die polnische Friedensliebe in der Praxis doch etwas anders aussieht, als in der Theorie. Die polnische Regierung hatte angekündigt, daß sie den Wirtschaftskrieg mit Deutschland so schnell wie irgend möglich zu beendigen wünsche. Der strittige Punkt in den Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen war das Niederlassungsrecht. Nach den Ankündigungen der polnischen Regierung hätte man mit Recht annehmen können, daß Polen endlich bereit sei, den deutschen Standpunkt anzuerkennen und die unumgänglich notwendigen Konzessionen zu machen. Das neue polnische Ausländergesetz aber verschlechtert die Rechtslage der Ausländer in Polen in einem solchen Maße, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Frage des Niederlassungsrechtes vollkommen aussichtslos geworden sind. Infolgedessen sind die Wirtschaftsverhandlungen auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Auch die reinen Handelsvertragsverhandlungen sind noch nicht um einen Schritt weitergekommen, da sich über die wichtigsten Fragen, z. B. das Kohlenkontingent, noch keine Einigung erzielen ließ.

Die Wendung, die die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen genommen haben, lassen also nichts von dem Friedenswillen Polens gegenüber Deutschland erkennen. Die Achtung der nationalen Minderheiten ist für jedes Land eine moralische Pflicht. Polen hat aber von jeher verstanden, sich dieser Pflicht zu entziehen. Gerade aus der letzten Zeit liegen genug Beispiele vor, die beweisen, wie wenig ernst es Polen mit seinen pathetischen Friedenserklärungen meint. Was die Handelsvertragsverhandlungen anbelangt, so scheint Polen vollkommen zu vergessen, daß es in den Handelsbeziehungen mit Deutschland eher der Nehmende als der Gebende ist. Die polnischen Wirtschaftsverhältnisse sind im Augenblick infolge des englischen Kohlenstreiks nicht schlecht. Daraus erklärt sich wahrscheinlich die Beharrlichkeit, mit der sich Polen weigert, Deutschland in den Handelsvertragsverhandlungen entgegenzukommen.

Die polnische „Friedenspolitik" gegenüber den Nachbarländern äußert sich merkwürdigerweise darin, daß Polen seine Rüstungen verstärkt. Die Organisation der polnischen Armee liegt allein in den Händen Pilsudskis, der nicht einmal dem Staatspräsidenten und der Regierung verantwortlich ist. Zweifellos geht es auf die Initiative Pilsudskis zurück, daß der polnischen Kriegsindustrie jetzt große Mittel zur Verfügung gestellt, daß die chemische Industrie ausgebaut werden soll und daß für die Stickstoffindustrie ausländisches Kapital besorgt werden soll. Die Organisation der Pilsudskijäger soll bedeutend vergrößert und unter militärische Leitung gestellt werden. Ferner sind für den Herbst große Armeemanöver, die die Kriegsfähigkeit der polnischen Truppen beweisen sollen, vorgesehen. Diese Rüstungen haben selbstverständlich nicht den Zweck, die polnische Friedensliebe zu dokumentieren. Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß diese Rüstungen nicht gegen Deutschland gerichtet sind: dem entwaffneten Deutschland gegenüber könnte sich Polen diesen Aufwand sparen. Man geht aber sicher nicht fehl, wenn man annimmt, daß die militärischen Kundgebungen Polens eine Rüstung gegen Litauen bedeuten, also indirekt doch gegen Deutschland und auch Sowjet-Rußland gerichtet sind. In sowjetistischen Kreisen herrscht daher bereits einige Besorgnis, da im Falle eines Krieges zwischen Litauen und Polen alle großen Eisenbahnverbindungen mit Rußland und dem Westen in polnische Hände kommen. Daß Litauen ein beliebtes Objekt der polnischen Annektionsbestrebungen ist, ist schließlich nicht unverständlich: einerseits wird Ostpreußen bei einer Annektion Litauens durch Polen völlig von polnischem Gebiet umschlossen, andererseits wird die Verbindung zwischen Sowjetrußland und dem übrigen Europa durch polnisches Gebiet oder doch mindestens durch eine polnische Interessensphäre durchbrochen.

Mit den Genfer Abrüstungsverhandlungen lassen sich die polnischen Rüstungen nur schwer in Einklang bringen. Polen handelt aber nur als getreuer Vasall Frankreichs, wenn es seine Rüstungen so hoch wie nur irgend möglich heraufschraubt. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte für das, was man aus den Abrüstungsarbeiten in Genf zu erwarten hat, so gibt ihn Polen.

Die polnische Regierung hat, als sie vor wenigen Tagen ihren Friedenswillen proklamierte, versucht, ihren verlorenen Kredit im Ausland wieder herzustellen. Die Entrechtung der nationalen Minderheiten, die militärischen Rüstungen und das merkwürdige Verhalten Polens gegenüber Deutschland machen aber jede noch so gut gemeinte Friedenserklärung illusorisch.

Poincarés Erfolg.

Poincaré hat, wie nicht anders zu erwarten war, eine außerordentlich große Mehrheit in der französischen Kammer bekommen, obwohl — und das ist einigermaßen auffallend — seine Regierungserklärung erheblich weniger sagte, als die Regierungserklärungen seiner Vorgänger. Was Poincaré in der Kammer vorbrachte, rechtfertigt nicht im geringsten das Vertrauen, das alle Parteien mit Ausnahme der Sozialisten und Kommunisten in ihn setzen. Poincaré hat nicht einmal den Versuch gemacht, der Kammer Mittel zur Sanierung der Währung vorzuschlagen; er hat sich nur darauf beschränkt, anzukündigen, daß es möglich sei, den Zustand der Finanzen schnell zu verbessern und den Kurs der französischen Devisen zu heben. Die letzten Vorgänge an den internationalen Börsen hätten ihn eigentlich eines besseren belehren sollen; der Franc fiel wieder, nachdem er nach der Uebernahme der Regierung durch Poincaré erheblich gestiegen war. Diese Kursbesserung rechnet sich Poincaré offenbar schon als einen Erfolg an. Ueber die wichtigsten Fragen ging Poincaré mit einem Satze hinweg; er erklärte, daß Frankreich den besten Willen habe, seine auswärtigen Schulden im Maße seiner Fähigkeiten zu begleichen. Kein Wort aber darüber, wie Frankreich seine auswärtigen Schulden zu regeln gedenkt. Offenbar verläßt Poincaré sich ganz darauf, daß das Ausland ein Interesse an der Beendigung der Regierungskrise habe. Angesichts der Stimmung in Amerika scheint diese Annahme Poincaré's aber allzu optimistisch zu sein. Das einzig Positive, das er zur Vermehrung der Staatseinnahmen vorschlägt, waren die neuen Steuern, nach denen die Tarife der Verkehrsmittel, die Zölle und die Besitzwechselsteuer erhöht werden. Die Einkommensteuer will Poincaré aber ermäßigen, und zwar auf 30 Prozent der bisherigen Sätze. Es scheint, als ob Poincaré sich durch dieses Mittel seine Popularität im französischen Volke sichern will.

Es ist kennzeichnend für die Stimmung im Lande, daß Poincaré trotz dieser nichtssagenden Regierungserklärung eine so große Vertrauensmehrheit im Parlament gefunden hat, daß sogar sein Antrag, die Interpellationen, die von den Sozialisten eingebracht worden waren, auf unbestimmte Zeit zu verschieben, durchgegangen ist. Wenn Poincaré tatsächlich noch keine anderen Pläne haben sollte, um die Finanzverhältnisse in Frankreich zu ordnen, so wird man ihm keinen großen Erfolg prophezeien können.

Aufruf für europäische Verständigung.

)(Berlin, 28. Juli. Der **„Verband für europäische Verständigung"** veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt:

„Das Zeichen für die Aussöhnung der europäischen Völker ist mit dem Vertrage von Locarno gegeben. Dieses Verständigungswerk hat selbst die Genfer Krisis überstanden. Der Verlauf und das Ergebnis der Versammlung von Genf haben aber dargetan, daß auch innerhalb dieses erhabenen Staatenverbandes der Kreis der europäischen Völker sich gesondert verständigen muß.

Die Schöpfer des Vertrages von Locarno selber nennen ihr Werk einen Anfang. Sie erklären: „Die Regierungen können nur die Wege ebnen, der Zusammenschluß zu positiver Arbeit muß das Werk der Völker sein." Das deutsche Volk ist bereit, seine Lebensinteressen auf dem Wege weiterer Verständigungsarbeit zu sichern, andererseits haben die übrigen Völker begriffen, daß die Weiterentwicklung Europas ohne vollen Ausgleich mit Deutschland unmöglich ist. Soll aber die neue Ordnung, die zur allgemeinen Abrüstung führen muß, von Dauer sein, so muß die Gewißheit geschaffen werden, daß die moralischen Garantien, die an die Stelle der militärischen treten, von keiner Seite verletzt werden. Dies kann nur durch Vertiefung der Gedanken des Friedens und der Solidarität sowie durch die Verflechtung der Wirtschaften erreicht werden. Für beide Ziele will der Verband für Europäische Verständigung alle Kreise unseres Volkes sammeln, die die Verständigungsarbeit zu fördern bereit sind.

Dieser Verband ist soeben im Einvernehmen mit den gleichstrebenden Gruppen anderer Völker ins Leben gerufen worden. Dem vorläufigen Vorstand gehören an: Professor Schücking als Vorsitzender, Wilhelm Heile als geschäftsführender Stellvertreter des Vorsitzenden, ferner die Abgeordneten Prälat Kaas, Giesberts, Dr. Cremer, Bickes, Sollmann, Wissell, Nuschke und Frhr. von Reibnitz."

Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die „Freunde des europäischen Gedankens", sich bei der Geschäftsstelle des Verbandes für Europäische Verständigung (Berlin-Wilmersdorf, Postschließfach 16) zu melden.

Der Aufruf ist **von zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten** aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens aus ganz Deutschland **unterzeichnet.** Von den Unterzeichnern seien genannt: Reichskanzler Dr. Marx, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Dr. Geßler, Reichskanzler a. D. Dr. Wirth, Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, Reichsinnenminister Dr. Külz, Reichskanzler a. D. Dr. Luther, Reichstagspräsident Loebe, Staatsminister a. D. Professor Lindemann (Köln), Reichsminister a. D. Koch, Reichsminister a. D. Köth, Reichsminister a. D. Köster, deutscher Gesandter in Riga, Staatssekretär Kempkes, die Reichsminister a. D. Giesberts, Gothein, Graf Bernstorff, Vorsitzender der Deutschen Liga für Völkerbund, Professor Baumgarten (Kiel), Dr. Gertrud Bäumer, Ministerialrat M. d. R., Professor Albert Einstein (Berlin), Anton Erkelenz, M. d. R., Dr. Carl Fritz, Erzbischof von Freiburg i. Br., Gerhart Hauptmann, Oberpräsident Hörsing, Professor Leopold Jeßner, Intendant der Preußischen Staatstheater, Graf Harry Keßler, Gesandter z. D., Th. Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Oberpräsident Noske (Hannover), Geheimrat Friedrich von Payer (Stuttgart), Bürgermeister Dr. Petersen (Hamburg), preußischer Innenminister Severing, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, Ministerialdirektor Dr. Spiecker, preußischer Handelsminister Dr. Schreiber usw.

Die Erwerbslosigkeit in der ersten Julihälfte.

X Berlin. In der ersten Julihälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger weiter von 1 408 527 am 1. Juli 1926 auf 1 383 596 am 15. Juli 1926 zurückgegangen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 332 645 auf 335 265 gestiegen. **Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist somit von 1 741 172 auf 1 718 861 — also um 1,3 v. H. — gesunken,** die Zahl der Familienangehörigen (Zuschlagsempfänger) von 1 728 153 auf 1 708 299.

Der Prozeß um die Notgeldstempeln.

X Berlin. Der **Angestellte Preuschkat** hatte sich gestern vor dem Schöffengericht Schöneberg **wegen Beleidigung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht** zu verantworten. Dr. Schacht hatte in einer Rede über die Aufwertungsmöglichkeit der alten Tausendmark-Scheine darauf hingewiesen, daß noch ca. 128 Milliarden Nominalwert im Umlauf seien. Preuschkat hatte Schacht dreiste Lügen vorgeworfen. Der als Zeuge geladene Reichsbankpräsident machte eingehende Angaben über die noch im Umlauf befindlichen alten Tausendmark-Scheine. Die erste Emission, die sich auf 520 Millionen belaufen habe, sei bis auf 149 000 Mark in die Reichsbank zurückgewandert. Die beiden nächsten Emissionen von 937 und 500 Millionen Mark seien restlos eingezogen. Die vierte und letzte Emission, die bis in die schwerste Inflationszeit hineinreichte, hätte 136 Milliarden Mark betragen, von denen ca. 128 Milliarden Nominalwert bisher noch nicht zur Reichsbank zurückgekehrt seien. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt des Staatsanwaltes, daß der Wahrheitsbeweis nicht gelungen sei und **verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe.**

Das Berliner „Weekend".

vds. Berlin. Seit einiger Zeit ist in der Reichshauptstadt bekanntlich eine Bewegung imgange, die auch den viel beschäftigten Berlinern den Uebergang von der einen zur anderen Arbeitswoche durch ein Weekend nach englischem Muster verschönen will. Dafür und dagegen ist von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen verschiedenes eingewandt worden. Vor allem dürfte sich diese Idee nicht von heute auf morgen in die Praxis umsetzen lassen, denn es würde z. B. zweifellos ein Tohuwabohu geben, wenn plötzlich am Sonnabend mittag um 1 Uhr neunzig Prozent aller Geschäfte schließen würden. Es wird gegen das Berliner Weekend auch geltend gemacht, daß Deutschland nach dem verlorenen Kriege und um aus seiner Wirtschaftskrise herauszukommen eher mehr als weniger arbeiten müßte. Gewichtige Stimmen von der anderen Seite, namentlich auch der preußische Wohlfahrtsminister, stimmen dem durchaus bei, meinen aber, gerade um die Arbeitskraft rationell zu verwenden und dauernd frisch zu erhalten, sei eine regelmäßige und verhältnismäßig ergiebige Erholung zwischen den Arbeitszeiten notwendig. Denn wenn man viel erarbeiten wolle, müsse man die Arbeitskraft gesund erhalten. Der Gedanke des Weekend wird jedenfalls weiter verfolgt. Das Berliner Messeamt plant, im Rahmen der nächsten Hygiene-Messe, die vom 2. bis zum 10. April 1927 in Berlin veranstaltet werden soll, eine Sonderausstellung „Das Wochenende". Diese Ausstellung soll in Verbindung mit den zuständigen städtischen Stellen, Verkehrsunternehmungen und den an dieser Frage interessierten Wirtschaftsverbänden der näheren und weiteren Umgegend Berlins durch eine umfassende Darstellung aller Wochenend-Erholungsmöglichkeiten des Berliners zur praktischen Durchführung des Weekends im Sommer 1927 beitragen. Daß nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Teilen Deutschlands die Idee der zwei Feiertage zwischen den Arbeitstagen Aufmerksamkeit erregt, geht daraus hervor, daß in einer Konferenz der Hotelbesitzer der Taunusorte beschlossen wurde, Weekend-Hotel-Karten einzuführen und die Preise dafür bis zu einem Drittel zu ermäßigen. Z. B. wurde für Homburg der Preis der Weekend-Karte auf fünfzehn Mark festgesetzt, für Oberursel auf zwölf Mark, ebenso für Hohenmarkt. Die Gültigkeitsdauer erstreckt sich vom Sonnabend nachmittag bis Montag früh. Es ist anzunehmen, daß dieses Vorgehen der Hotelbesitzer der Taunusorte auch in anderen Gegenden Deutschlands nachgeahmt wird.

Ein Weltjugendparlament in Helsingfors.

In Helsingfors tritt am 1. August der **Weltbund der Christlichen Jungmännerverbände** zu einer sechstägigen **Konferenz** zusammen. Diese Weltkonferenz ist die erste nach dem Kriege. Deutschland entsendet etwa 300 Jugendvertreter. Der Kongreß wird aus rund 37 Ländern beschickt werden. In öffentlichen Abendversammlungen werden u. a. Reichsjugendwart Stange-Kassel, Woods-Cambridge, Lin-China und Erzbischof Soederblom-Upsala sprechen.